

Frau Fereshta Hussain Migrantenbeirat bis 17:38 Uhr

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

Fach-/Bereichsleitende

Herr Robert Pfeiffer FBL Bildung, Jugend
und Sport

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD	entschuldigt
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Martina Trauth	Leiterin Büro für Chancengleichheit	entschuldigt, vertreten durch Frau Stefanie Buhr
Frau Katrin Hayn		entschuldigt, vertreten durch Frau Dr. Kristina Böhm

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.12.2022 und vom 19.01.2023
- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 4 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita

Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss

Vorlage: 22/SVV/1218

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 5 Informationen des Jugendamtes
- 5.1 Klausur JHA
- 5.2 Aktueller Stand Kitaportal
- 5.3 Kommunalen Medienentwicklungsplan (2023-2027)
- 5.4 Bericht bezüglich Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte
gemäß Beschluss: 21/SVV/0963
mündlich GB 2
- 5.5 Vorlage der aufbereiteten Ergebnisse bezüglich Fachgespräch zur
Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen
gemäß Beschluss: 22/SVV/0159 und Mitteilungsvorlage 22/SVV/1167
mündlich GB 2
- 5.6 Brandbrief Jugendfreizeitladen Golm
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 22/SVV/1265
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 8.2 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen
Vorlage: 22/SVV/0795
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 8.3 Einrichtung Familienbüro
Vorlage: 23/SVV/0002
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 9 Sonstiges
- 9.1 Tourismuskonzept, gem. 23/SVV/0007
- 9.2 Positionspapier Kinderfreundliche Kommune

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Reimann eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2022 und vom 19.01.2023

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Reimann schlägt folgende Änderung der Tagesordnung vor:

NEU Tagesordnungspunkt 5.6	Brandbrief Jugendfreizeitladen Golm	
TOP 8.1 – Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek		zurückgestellt bis zur Haushaltsdeba tte am 03.03.2023
TOP 8.3 – Einrichtung Familienbüro		zurückgestellt bis zur Haushaltsdeba tte am 03.03.2023
NEU Tagesordnungspunkt 9.1	Tourismuskonzept, 23/SVV/0007	

Herr Witzsche bittet unter Sonstiges (NEU 9.2) zum Positionspapier
Kinderfreundliche Kommune berichten zu dürfen.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig
angenommen.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 15.12.2022. Da
es Anmerkungen bezüglich der fehlenden Terminierungen der Wiederbefassung
der Tagesordnungspunkte gibt, wird die Niederschrift vom 15.12.2022 vertagt.
Frau Frenkler weist darauf hin, dass bezüglich der Kitabeitragsordnung ebenfalls
Anpassungen in der Niederschrift vorzunehmen wären. Die Änderungen zur
Niederschrift werden in der Sitzung am 16.03.2023 erneut thematisiert.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 19.01.2023.
Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine
Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**, bei einer
Stimmenenthaltung.

Ferner weist Herr Reimann darauf hin, dass der Oberbürgermeister und Frau
Meier (GBL 3) beabsichtigen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am

16.03.2023 teilzunehmen.

zu 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet über das Treffen des Kreisschülerrates (KSR) vom 20.01.2023 am Leibniz-Gymnasium. Dort besprach man die Mitbestimmung am Rahmenlehrplan, Benotung von Talentfächern, psychische Gesundheit in der Schule, kostenloser ÖPNV und den baulichen Zustand der Schulen. Am 20.12.2022 fand die Kinderrechte- und Jugendkonferenz statt. Leider war die Bildungsministerin Frau Ernst verhindert. Das nächste Treffen werde am 07.03.2023 stattfinden.

Frau Frenkler erkundigt sich, wo diese Themen öffentlichkeitswirksam für alle Potsdamer SchülerInnen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bulgrin verweist auf die Internetseite des Stadtjugendrings Potsdam [www.sjr-potsdam.de/kinder-und-jugendbuero/themen/schuelervertretung/kreisschuelerrat-potsdam].

**zu 4 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Reimann schlägt vor, dass man sich zu einer Stellungnahme in Anlehnung an die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) vom 19.01.2023 befinden möchte und diese ggf. um weitere Kriterien ergänzen könne. Er verliest die Stellungnahme des RPA.

Frau Dr. Müller regt an, die Kriterien Transparenz und Nachvollziehbarkeit müssten in die Ergänzung aufgenommen werden. Die Empfehlung des RPA decke nur die inneren Prozesse ab.

In der sich anschließenden Diskussion wird über die Inhalte der zu verfassenden Stellungnahme intensiv diskutiert. Man müsse sicherstellen, dass sich so ein Vorgang nicht noch einmal wiederhole. Auch die Dokumentierung des Prozesses wurde kritisiert. Man sei sich jedoch darüber einig, dass Elternbeiträge nur anhand festgelegter Kriterien erhoben werden dürfen, nicht anhand des Finanzrahmens der LH Potsdam. Dienstrechtliche Belange könne man im Nachhinein nicht mehr geltend machen. Der finanzielle Ausgleich an die Elternschaft sei erfolgt. Zukünftig werde man innerhalb der Verwaltung mehr Transparenz gewährleisten. Abschließend verständigt man sich, auf folgende Inhalte, die Bestandteil des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses (JHA) sein werden:

1. Bezüglich der Hintergründe und Verantwortlichkeiten kann keine Aussage getroffen werden

Abstimmung: bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

2. Übernahme der Stellungnahme des RPA vom 19.01.2023

Abstimmung: bei 4 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

3. Nachvollziehbarkeit; Die Zusammenarbeit von Verwaltung und JHA müsse im Fokus stehen

Abstimmung: bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

4. Kitabeitragsbefreiung und Kitarechtsreform müsse erfolgen

Abstimmung: bei 1 Enthaltung mit Stimmenmehrheit **angenommen**

5. Welche Lehren müsse man zukünftig aus Gutachten und deren Evaluationen ziehen

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Abschließend verständigt man sich, welche VertreterInnen diesen Beschluss gemeinsam zur nächsten Ausschusssitzung am 16.03.2023 vorbereiten werden. Es werden Herr Witzsche, Frau Frenkler, Frau Dr. Müller, Herr Reimann und Herr Kaiser benannt.

Abstimmung: bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann schlägt eine kurze Pause vor. (Pause 17:50 – 18:00 Uhr)

Die Beschlussfassung wird bis zum 16.03.2023 **zurückgestellt**.

zu 5 Informationen des Jugendamtes

zu 5.1 Klausur JHA

Herr Reimann schlägt für die Klausurtagung am 03.03.2023 folgende Tagesordnung vor:

Tagesordnungspunkt 1	Vorstellung Haushalt (mit Darstellung der Konsequenzen, IST-Stand, was konnte nicht berücksichtigt werden)
Tagesordnungspunkt 2	Themenspeicher (hier werden noch alle offenen Themen des JHA dargestellt und über deren zeitliche Befassung beschlossen)
Tagesordnungspunkt 3	Zuständigkeiten bzw. Nichtzuständigkeiten des JHA (Herr Reimann bemüht sich ggf. eine aussagekräftige Fachkraft einzuladen)

Gegen die Tagesordnung der Jugendhilfeausschuss-Klausur am 03.03.2023 gibt es keine Einwände.

zu 5.2 Aktueller Stand Kitaportal

Herr Reimann merkt an, dass Herr Jetschmanegg sich angekündigt hatte, jedoch leider gesundheitlich verhindert sei. Eine Berichterstattung durch den GB 5 werde es daher nicht geben. Jedoch habe man sich dazu verständigt, dass ab dem 16.03.2023 eine regelmäßige Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss stattfinden werde.

Herr Otto erkundigt sich, ob die Kita-Broschüre aktualisiert werde.

Frau Frenkler weist darauf hin, dass dies bereits geschehe.

Herr Pfeiffer ergänzt, dass darüber hinaus diese Aktualisierung über das Kita-Portal erfolge. Die LH Potsdam beabsichtigt, das Kita-Portal im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb zu beschaffen. Geplanter Vertragsbeginn mit einem Anbieter sei nach aktuellem Stand September 2023. Zukünftig wolle man die Pflege des Kita-Portal durch den FB 23 realisieren. Der dafür benötigte Stellenbedarf müsse erst noch beschlossen werden.

zu 5.3 Kommunalen Medienentwicklungsplan (2023-2027)

Herr Pfeiffer berichtet, dass man grundsätzlich bei der Erstellung des Kommunalen Medienentwicklungsplanes (KMEP) gut vorangekommen sei. Workshops/Schuldialoge mit den Schulen hätten ebenfalls schon stattgefunden. Die beiden Anträge der Fraktionen SPD [Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen gem. 22/SVV/0058] und Fraktion FDP [Änderungsantrag zu 22/SVV/0058] sollen zudem im KMEP berücksichtigt werden. Derzeit

verständige man sich zu einer Terminierung eines internen Workshops mit allen Stakeholdern. Er schlägt vor, in der im Juni 2023 angedachten gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Ausschusses für Bildung und Sport (ABS), eine vorzeitige Beschlussfassung des KMEP zu realisieren. Anschließend strebe man einen Sofortbeschluss der Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2023 an.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich über die Terminierung der gemeinsamen Ausschusssitzung. Die Empfehlung des ABS vom 14.02.2023 ist, sich auf den 20.06.2023 um 16:30 Uhr zu fokussieren. Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Einwände. Herr Reimann weist darauf hin, dass die für den 15.06.2023 avisierte Ausschusssitzung damit entfalle. Das Bürgerhaus am Schlaatz werde für die Sitzung favorisiert.

zu 5.4 Bericht bezüglich Erhöhung des Budgets für PLoS-Projekte gemäß Beschluss: 21/SVV/0963

mündlich GB 2

Herr Pfeiffer berichtet, dass für die PLoS-Projekte im Haushalt 2023/24 mit einem Ansatz von 350.000 EUR veranschlagt wurden. Vorbehaltlich des Beschlusses zum Haushalt sowie in diesem Zusammenhang etwaiger Prioritätensetzungen hinsichtlich der verfügbaren Mittel im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport (FB 23), können Mittel für die Beantragung von PLoS-Projekten ausgereicht werden. Die Träger und die Schulen wurden am 18.01.2023 vom Fachbereich 23 per Mail über das aktuelle Verfahren informiert. Bis zum Mai 2023 wird der FB 23 einen verbindlichen Vorschlag zur Kriterienauswahl von PLoS-Projekten in der Stadtverordnetenversammlung und im Jugendhilfeausschuss vorstellen. Über die AG Jugendförderung wurden Trägervertreter benannt, die gemeinsam mit der Verwaltung, Kriterien für die Auswahl der PLoS-Projekte erarbeiten. Das Ergebnis wird in der nächsten Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe am 08. März 2023 als Vorlage mit dem Ziel eines Votums vorgestellt. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden mit einem Beschlussvorschlag in die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 gegeben. Nach dem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung kann eine verbindliche Überarbeitung der Förderrichtlinie beginnen. Die bedarfsgestützten finanziellen Auswirkungen werden in den Haushaltsplanungsaufstellungsprozess für den Haushalt 2025/26 aufgenommen.

In der sich anschließenden Diskussion bringt man zum Ausdruck, dass die Begrenzung der Antragsstellungen – Träger dürfen bis zu 5 Anträge stellen, Schulen jedoch nur einen – nicht bedarfsgerecht seien. Man regt an, ein Nachrückverfahren, bei nicht Ausschöpfung der 350 TEUR zu prüfen.

zu 5.5 Vorlage der aufbereiteten Ergebnisse bezüglich Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen gemäß Beschluss: 22/SVV/0159 und Mitteilungsvorlage 22/SVV/1167 mündlich GB 2

Herr Pfeiffer trägt vor, dass der Antrag unter dem Fokus der Potentiale und Möglichkeiten von multiprofessioneller Kooperation/Teams am Setting Schule durchgeführt wurde. Elemente der Veranstaltung – Multiprofessionelle Teams und die Zusammenarbeit am Lebensort Schule“ vom 01.09.2022 seien Fachvorträge, Best-Practice-Beispiele und Workshops gewesen, die der Erarbeitung von Ideen und Ansätzen dienten. Klar herausgearbeitet wurde die Vielfalt der schulbezogenen Unterstützungslandschaft in Potsdam. Daraus resultierte als ein Kernthema die Frage, wie diese Ressourcen noch besser für eine kindgerechte Förderung genutzt werden können. Weiterhin wurde auf fehlende Angebote und Lücken im Kooperationssystem der Bildungs- und Jugendhilfesysteme verwiesen (z.B. präventive, niedrigschwellige Familienberatung, unzureichende Kooperation Kita/Hort-Grundschule, zu geringe Anzahl an Schulpsychologen).

Anhand der Veranstaltungsergebnisse wurden folgende Handlungsfelder identifiziert:

1. Bedarfsgerechte Planung von Angeboten in der Gesundheitsfürsorge und Jugendhilfe
2. Unterstützungsstrukturen für die Präventionsförderung in Schulen
3. Anwendung und Weiterentwicklung multiprofessioneller Kooperationsformen in Schulen
4. Transparenz von Bildungs- und Jugendhilfeangeboten
5. Ausbau der fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit in der Verwaltung
6. Präventive Familienbildung für Sorgeberechtigte mit Kindern im Vorschul- und Schulalter

Die Zusammenfassung und Maßnahmen werden der Niederschrift beigelegt (siehe Anlage).

zu 5.6 Brandbrief Jugendfreizeitladen Golm

Herr Pfeiffer führt aus, dass das Team Wildwuchs Streetwork des Jugendfreizeitladens „Chance Soziale Arbeit e.V.“ per Brandschreiben vom 14.02.2023 sich an die Stadt gewandt habe. Diese seien augenblicklich personell unterbesetzt. Die Problematik in Golm seit längerer Zeit bekannt. Es erfolgen bereits mehrere Gespräche und Treffen mit dem Jugendfreizeitladen (JFL) Golm. Der LFL hat einen Antrag zur Finanzierung zwei halber Stellen zur mobilen Jugendarbeit im September 2022 gestellt. Doch aufgrund des

Haushaltsvorbehalten konnten keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden.

In der sich anschließenden Diskussion bittet man darum, das Brandschreiben allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen und dies im Rahmen der Haushaltsdebatte in der Klausurtagung am 03.03.2023 zu besprechen. Ferner regt Herr Otto an, die Arbeit der Streetworker in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorzustellen.

Vor dem Hintergrund der weiter ansteigenden Zahl an Jugendlichen und der fehlenden Begegnungsstätten bzw. Betreuungspersonal stehe die Stadt Potsdam vor einer großen Herausforderung an möglichem Konfliktpotential.

Man verständigt sich ferner darüber als Jugendhilfeausschuss auf den Brandbrief zu antworten. Herr Reimann wird dies übernehmen.

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 09.02.2023 getagt hat. Ein Thema war die Geschäftsordnung des UA JHP. Die Überarbeitung braucht gründlich Zeit und eine grundsätzliche Geschäftsordnungsänderung zu einem späteren Zeitpunkt (Ende der aktuellen Legislaturperiode). Der UA legt fest, dass die Planungsgruppe wieder arbeiten soll.

Für den Jugendförderplan wurden Änderungswünsche verabredet. Die Ausschussmitglieder baten um die Darstellung der konkreten Auswirkungen auf Maßnahmenebene und eine Information zum Sachstand im Jugendhilfeausschuss. Für die aktuellen Projekte und etablierten Angebote in der Jugendförderung seien keine Kürzungen vorgesehen.

Der UA wird einen Antrag zur Stelle für den erzieherischen Jugendschutz stellen. Die Befassung mit der Umsetzung der Fachkräfteempfehlungen erfolgt in einer Frühjahrssitzung 2023. Dem Antrag zum Ausbau der Schulsozialarbeit wird zugestimmt.

Bezüglich der Gremien-/Kommunikationsstruktur wurden folgende Festlegungen getroffen: die Regionalteams verbleiben räumlich in den Regionen und der wachsende Norden wird mit einem eigenen Regionalteam versehen. Die Umsetzung wird eine Rolle in der aktuellen Organisationsuntersuchung spielen. Durch fehlende regionale Abstimmungen habe es u.a. zu mangelnden Verweisungswissen geführt und die Kooperationen sowie regionale Zukunftsbetrachtungen werden stark vermisst. Die Mitwirkung der Verwaltung sei zwingend geboten, da eine Region sich nun allein als Regionalkonferenz organisieren möchte. Ein baldiger Start der Umsetzung der beschlossenen Gremienstruktur ist daher notwendig. Der UA legt fest, dass sich die Planungsgruppe mit dem Entwurf der Geschäftsordnung befassen soll. Anschließend wird in den Regionen die Durchführung von Regionalkonferenzen vorbereitet.

In der sich anschließenden Diskussion einigt man sich, den Jugendförderplan im Rahmen der Haushaltsdebatte am 03.03.2023 aufzugreifen.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG Kita am 07.02.2023 getagt hat.

1. Kinderschutz mit Koordinator der LHP beraten

Die Beratung erfolgte aus aktuellen Anlässen. Das Rahmenkonzept Kinderschutz und frühe Hilfen wurde im Juni 2022 in der SVV angenommen.

https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/rahmenkonzept_kinderschutz_fruehehilfen_01.06.2022.pdf

Der institutionelle Kinderschutz steht aktuell auch bundesweit im Fokus. Es ist auch in Brandenburg und in der Landeshauptstadt ein Anstieg von Meldungen nach SGB VIII § 45 zu verzeichnen.

Die Initiative „Kitas müssen die Rechte der Kinder schützen!“ hat im Dezember 2022 einen bundesweiten Aufruf gestartet und eine Petition eingereicht, um für den Schutz der Rechte von Kindern einzutreten und pädagogische Fachkräfte zu stärken. Dazu wird benötigt:

- mehr Personal und gute Rahmenbedingungen für die Pädagog*innen
- Professionalisierung zu kinderrechtsbasiertem pädagogischen Handeln, damit Gewalt in Kitas nicht vorkommt
- wirksame Beschwerdeverfahren für Kinder und ihre Familien
- mehr gezieltes Monitoring und Forschung

<https://www.openpetition.de/%21vcbm>

Die LHP plant, einen Fachtag „Kinderschutz“ im 2. Halbjahr 2023 zu organisieren. Die Zielrichtung und die Zielgruppen werden gemeinsam festgelegt.

Hinweis an JHA: Das Thema Kinderschutz muss im JHA zu aktuellen Statistiken und daraus abzuleitenden Maßnahmen aufgenommen werden. Petition mit der Bitte um Mitzeichnung

2. Kinder mit besonderen Bedarfen – Umsetzung 2023

DS 21/SVV/1186 JHA 15.12.2021:

10 Kindertageseinrichtungen erhalten seit Beginn des Jahres 2023 zusätzliche Personalstunden mit insgesamt 13,79 Stellen (bisher einziges Kriterium: mindestens 40 % der Kinder in der Einrichtung mit Migrationshintergrund)

Hinweis an JHA: Information zur Umsetzung des Beschlusses, Kriterien und Einsatz müssen im Jahr 2023 rechtzeitig für Folgejahre neu bewertet werden

3. einheitlichen Kitaelternbeitragsordnungen, UAG Elternbeiträge 17.01.2023

Anfrage durch die Verwaltung an das MBSJ gerichtet: Wie wird die Gemeinde in die Lage versetzt, einheitliche Empfehlungen zu entwickeln?

Stand der UAG: Die Verwaltung muss bis zur Inbetriebnahme gemeindlicher Kitas ohnehin eine Satzung für diese erstellen. Eine Empfehlung für einheitliche Elternbeiträge wäre damit möglich. Die Träger müssen prüfen, inwieweit diese

Empfehlung anwendbar ist, sie also mit ihren Kosten nicht unter dem berechneten Höchstbeitrag der LHP liegen.

Hinweis an JHA: gemeindliche Satzung für Elternbeiträge muss im Jahr 2023 bis zur Sommerpause der SVV erstellt sein

Überraschender **Vorstoß des Städte- und Gemeindebundes (StGB)** am 06.02.2023 in der Presse zur **schnellstmöglichen Elternbeitragsfreiheit im Land Brandenburg**:

Der StGB wurde mit der Forderung zitiert „*So weit wie das Land Brandenburg gegangen ist: Jetzt kann es nur noch den letzten konsequenten Schritt geben, Beitragsfreiheit so schnell wie möglich für alle Eltern herzustellen.*“. Er verweist richtig „... *darauf, dass Kita-Beitragsfreiheit in Brandenburg nicht zu finanziellen Lasten der Kommunen gehen dürfe.*“

Welche Stellung bezieht die Verwaltung der LHP? Kann der JHA unterstützend in Richtung Land einwirken?

Nächste planmäßige AG 78 Kita Sitzung: 18.04.2023

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich darauf, in der Klausurtagung am 03.03.2023 den TOP Kinderschutz in den Themenspeicher zu integrieren und Herrn Kelch in eine der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen.

AG HzE

Die AG HzE hat am 07.02.2023 getagt.

Frau Krönes berichtet zu den Beratungsstellen: Hier herrsche eine prekäre Situation, auf den Wartelisten stehen insgesamt ca. 100 Klienten. Themen mit denen die Klient*innen kommen, gehören oft nicht in die Eltern-Familien-Beratung (EFB), sie haben eigentlich einen Bedarf für Therapie bzw. Klinik. Da dort aber ebenfalls keine Termine oder Plätze zur Verfügung stehen, werden sie zur Überbrückung und Stabilisierung in der EFB angebunden.

Die Träger der stationären Hilfe beschreiben, dass alle gut belegt sind und es nur in Ausnahmefällen freie Plätze gibt. Dies hat allerdings leider zur Folge, dass die ASD-Mitarbeitenden lange brauchen um einen Jugendlichen unterzubringen oder keinen passenden Platz finden

Die Situation ukrainischer Familien wird mit Sorge betrachtet: es herrscht oft eine beengte Wohnsituation, die Bearbeitungszeiten von Anträgen sind zu lang. Die Träger weisen auf die Gefahr hin, dass Kinderschutzfälle produziert werden

Die Verhandlungen für die ambulanten Hilfen schreiten voran. Es gab einen konstruktiven Austausch am 06.02.23. Inhalt des Termins: Personalkosten, Anteil und Kosten Leitung, Ausfallzeiten, Verhältnis direkte/indirekte Leistungen, Definition direkter Leistungen, Sachkosten. Ein weiterführendes Gespräch findet am 24.04.2023 statt

Bei den Verhandlungen für die stationären Entgelte hat sich eine Arbeitsgruppe aus den Reihen der freien Träger gebildet, die eine erste Berechnung für eine Anpassung der Kennziffern vornehmen. Ein erster Termin mit dem Jugendamt findet am 15.03.2023 statt.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.
Es erfolgte keine Berichterstattung.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Entsprechend der Feststellung der Tagesordnung wird diese Berichterstattung unter Sonstiges (TOP 9.2) erfolgen, führt Herr Witzsche aus.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek

Vorlage: 22/SVV/1265

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Reimann **stellt** den Antrag bis zur Haushaltsdebatte am 03.03.2023 **zurück**, da hierzu haushaltsbegleitende Anträge erforderlich sind.

zu 8.2 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen

Vorlage: 22/SVV/0795

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke bittet darum, den Antrag nochmals mit Frau Beck zu beraten.

Herr Reimann **stellt** den Antrag bis zur Haushaltsdebatte am 03.03.2023 **zurück**.

zu 8.3 Einrichtung Familienbüro

Vorlage: 23/SVV/0002

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Reimann **stellt** den Antrag bis zur Haushaltsdebatte am 03.03.2023 **zurück**, da hierzu haushaltsbegleitende Anträge erforderlich sind.

zu 9 **Sonstiges**

zu 9.1 **Tourismuskonzept, gem. 23/SVV/0007**

Frau Schkölziger merkt an, dass Ihr beim Tourismuskonzept aufgefallen ist, dass Kinder- und Jugendliche nicht als Zielgruppe mitbedacht wurden. Generell möchte Sie bei der Erstellung von Konzepten der LH Potsdam dahingehend sensibilisieren, dass diese Zielgruppe mitbedacht werden müsse.

Dies wird auch in der sich anschließenden Diskussion deutlich. Man werde sich diesbezüglich im Rahmen der Klausur am 03.03.23 zu den Zuständigkeiten/Nichtzuständigkeiten des JHA befassen.

zu 9.2 **Positionspapier Kinderfreundliche Kommune**

Herr Witzsche weist darauf hin, dass die Stadt Potsdam das Positionspapier „Kinderfreundliche Kommune“ nicht unterzeichnet habe. Die Oberbürgermeister anderer Kommunen betonten den Vorrang des Kindeswohls, auch in finanziellen Krisenzeiten. Die LH Potsdam schließt sich jedoch nicht an. Er betont die Wichtigkeit und schlägt daher vor, den Oberbürgermeister mittels Beschluss durch den JHA zur Unterschrift zu drängen.

In der sich anschließenden Diskussion schließt man sich dem Vorredner an. Es wird sogar überlegt, dass Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ im Umkehrschluss abgeben zu müssen.

Herr Reimann entschuldigt sich und übergibt die Sitzungsleitung an Frau Dr. Müller.

Man verständigt sich darauf, für die nächste Ausschusssitzung am 16.03.2023 – mit dem Oberbürgermeister – einen Entwurf für einen Beschluss zur Unterzeichnung des Positionspapieres zu fertigen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Ferner wird Herr Bulgrin gebeten, dies entsprechend weiterzutragen und andere

Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Der Beschlussentwurf soll im UA JHP am 09.03.2023 vorgestellt werden.